

A22 Kanzlerkandidatin 2029 – feministische Kurskorrektur jetzt

Antragsteller*in: Jusos Lindenthal

Antragstext

1 Die UBDK beschließt darauf hinzuwirken, dass die SPD sich ausdrücklich dazu
2 bekennt, zur Bundestagswahl 2029 eine Kanzlerkandidatin aufzustellen.

3 Darüber hinaus verpflichtet sich die Partei, strukturelle und informelle
4 Männerbündnisse innerhalb der SPD konsequent abzubauen und gezielte Maßnahmen
5 zur Förderung, Sichtbarkeit und strategischen Unterstützung von Frauen in
6 Führungspositionen umzusetzen.

7 Der Parteivorstand soll beauftragt werden, hierfür ein verbindliches Konzept
8 vorzulegen.

Begründung

Die SPD versteht sich als Vorreiterin in Sachen Gleichstellung und Feminismus. Dieser Anspruch steht jedoch in einem eklatanten Widerspruch zur Realität:

Die SPD ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die noch nie eine Kanzlerkandidatin aufgestellt hat.

Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck struktureller Probleme. Trotz jahrzehntelanger Debatten über Gleichstellung, Quoten und Feminismus werden die entscheidenden Machtpositionen in der Partei weiterhin überwiegend von Männern besetzt – oft abgesichert durch informelle Netzwerke, geschlossene Zirkel und männerdominierte Entscheidungsstrukturen.

Während andere Parteien längst Frauen an ihre Spitze gestellt haben, bleibt die SPD hinter ihren eigenen Ansprüchen zurück. Für eine Partei, die Gleichstellung als Kern ihrer Identität begreift, ist das ein politisches und glaubwürdigkeitspolitisches Versagen.

Wenn Feminismus mehr sein soll als ein Schlagwort in Sonntagsreden, braucht es eine klare Kurskorrektur. Diese beginnt dort, wo politische Macht sichtbar wird: bei der Kanzlerkandidatur.

Eine Kanzlerkandidatin 2029 wäre ein überfälliges Signal nach innen, ein glaubwürdiger Schritt nach außen und ein Bruch mit der Tradition männlicher Selbstverständlichkeit an der Parteispitze.

Dabei geht es ausdrücklich nicht um Symbolpolitik, sondern um reale Machtverhältnisse. Frauen in der SPD sind qualifiziert, erfahren und politisch stark. Was ihnen fehlt, ist nicht Kompetenz, sondern der gleichberechtigte Zugang zu strategischen Entscheidungen, Ressourcen und Unterstützung.

Die SPD kann und muss es besser machen. Wer gesellschaftlichen Fortschritt gestalten will, muss ihn in den eigenen Reihen vorleben.

Mit diesem Antrag sagen wir klar:

2029 ist nicht irgendwann. 2029 ist jetzt.

Und es ist Zeit für eine Kanzlerkandidatin.